



Grünes Bündnis
Postfach 6411
Neubrückestrasse 17
3001 Bern
Tel. 031 301 82 09
Fax 031 302 88 78
info@gbbern.ch
www.gbbern.ch
PC 30-37923-6

gb.links

→ Grüne Bern: quo vadis?

→ Mithilfe gefragt

→ Sozialer Staat – nur für Brave?



Der Umweltschutz im Wettbewerb zur globalisierten Wirtschaft

Das Verbandsbeschwerderecht ist unter Druck

...sprungen und steuert selber kräftig mit. Die ganze Geschichte hat einen ideologischen Hintergrund: Globalisierung, Liberalisierung, Deregulierung. Der Umweltschutz steht heute im Wettbewerb mit der globalisierten Wirtschaft. Bekleidung, Möbel und sogar Nahrungsmittel sind Weltreisende. Jeder Kaufentscheid ist heute ein Entscheid für mehr oder weniger Verkehr. Was wir heute mit dem Verbandsbeschwerderecht erleben, ist eine durch die Globalisierung bedingte soziale und ökologische Abwärtsspirale. Die Gleichung der Freihandelsideologen ist immer dieselbe: Mehr Wachstum macht den Umweltschutz erst bezahlbar. In ihrer Logik sollen wir also die letzten Quadratmeter Natur in der Schweiz betonieren, damit wir nachher das Geld haben für neue Grünflächen, junge Bäume und ein paar Biotope.

... und die Folgen der «Reform»

Je mehr Freihandel, desto grösser die Konkurrenz, desto grösser der Druck, auf Kosten von Natur und Umwelt zu produzieren. Die

Migros will nach eigenen Angaben bis 2010 gegen 12 neue Fachmärkte und 20 neue Supermärkte bauen. Gleichzeitig findet im Schweizer Detailhandel ein Konzentrationsprozess statt, der kleine und mittlere Geschäfte bedroht. Es geht darum, die besten Standorte zu besetzen, bevor die Billig-Konkurrenz aus dem Ausland Fuss fasst. Viele Läden in den Innenstädten werden wegen dieser Expansion auf der grünen Wiese verschwinden. Die Zentren werden entvölkert und eine Verkehrslawine wird in Gang gesetzt.

Man will Baugesetze, Raumplanung und Umweltschutz ausser Kraft setzen, genauso wie den Schutz der Arbeitnehmenden lüchern. Es ist noch nicht so lange her, da machte die Migros Zürich Schlagzeilen, weil sie Mitarbeitenden so genannte Zweitverträge anbot, um die gängigen Arbeitszeitbeschränkungen und Arbeitsgesetze zu umgehen. Weniger Umweltschutz, weniger Lohn, weniger Sozialleistungen, weniger Staat. Diese Rechnung kann auf Dauer nicht aufgehen. Wir müssen unseren Nachkommen eine Welt

hinterlassen, auf der es noch lebenswert ist. Das Verbandsbeschwerderecht ist ein bewährtes Instrument der Schweizer Umweltpolitik. Die Stimmbevölkerung hat sich in mehreren Abstimmungen zum Umweltschutz bekannt. Jene Kreise, die heute eine Abschaffung und Korrektur beim VBR fordern, sind dieselben, welche auch Schulen schliessen, Löhne drücken und den Sozialstaat abschaffen wollen. «Standortwettbewerb» heisst das in der Sprache der Freihandelsideologie. Damit werden Regionen und Länder gegeneinander ausgespielt und in eine soziale Abwärtsspirale gedrängt.

Franziska Teuscher, Nationalrätin GB, Präsidentin VCS Schweiz

Abstimmungsparen vom 27.2.05

Stadt Bern 3 x JA	
Oberfeld Ostermundigen:	JA
Historisches Museum Bern (BHM) – Erweiterungsbau Kubus/Titan:	JA
Zonenplan Wylerstrasse 121-125:	JA
Kanton	
Gesetzesinitiative «für tragbare Steuern»:	NEIN

wesen – privat und teuer». Mit Prof. David Himmelstein, Harvard Medical School. Öff. Veranstaltung des vpod. www.vpodbern.ch

● Fr. 1.4. (kein Scherz!), 17.30 Uhr, Reitschule. **Gründungssitzung** (mit Essen, Musik und ...). Die SVP hat erneut ein Referendum gegen die Reitschule ergriffen. Alle sind deshalb eingeladen, sich im **Abstimmungskomitee für die Reitschule** zu engagieren.

Weil die Abschaffung des Verbandsbeschwerderechts an der Urne in der Vergangenheit keine Chance hatte, soll es nun «reformiert» werden. Eine der Folgen: dort wo heute noch Landwirtschaft betrieben wird, stehen in Zukunft immer häufiger Einkaufszentren.

Seit Jahren wird die Frage kontrovers diskutiert, ob die Umweltverbände das Verbandsbeschwerderecht (VBR) missbrauchen oder nicht. Regelmässig thematisierten bürgerliche Politiker das VBR. Mehrere Vorstösse zur Abschaffung scheiterten im Parlament, zuletzt im Dezember 2003. Doch dann änderten die Bürgerlichen die Taktik. Das VBR soll nicht mehr abgeschafft, sondern «reformiert» werden: Die FDP will mit ihrer Volksinitiative das VBR weitgehend aushebeln, SVP-Ständerat Hofmann mit seinem Vorstoss «verwesentlichen». Und er hatte damit Erfolg. Warum ist diesmal alles anders?

Der ideologische Hintergrund ...

Der Think Tank der Schweizer Wirtschaft – Avenir Suisse – hat eine gewaltige PR-Begleitkampagne gegen das VBR in Gang gesetzt und wird von den Wirtschaftsverbänden dabei unterstützt. Die Migros ist auf den Zug ins ökologische Mittelalter aufge-

AZB 3000 Bern 11

Grünes Bündnis, PF 6411, 3001 Bern
An Post: Bitte Adressänderung nicht melden.

gb.links

● Sa, 26.2., 9.30–12.30 Uhr (Kaffee ab 9 Uhr), Bollwerkstadt, Bollwerk 35, Bern. Workshop des GB und der GFL zu den Modellen für die Zukunft der grünen Parteien im Kanton Bern. Zwischenbericht der AG unter www.gbbern.ch/gb.kanton/f-kanton

● Di, 8.3., **Internationaler Frauentag, 10 Uhr**, Bundesterrasse. Übergabe der Postkarten «der Code ist nicht geheim –

UNO Res 1325» an den Bundesrat. Infos: www.cfd.ch.org/res1325. **17–18.30 Uhr**, Käfigturm. Standaktion: «Ganze Männer machen Halbe-Halbe». **Ab 18.30 Uhr**, GB-Sekretariat, Neubrückstr. 17. gb.Frauen-Vernetzungsapéro. Alle GB-Frauen und Freundinnen sind herzlich willkommen.

● Mi, 16.3., 19.30 Uhr, Hotel Kreuz, Zeughausgasse 41, Bern. **«US-Gesundheits-**

gb.tipp



Podiumsveranstaltung

Sozialer Staat – nur für Brave?

Dienstag, 22. Februar, 20–22 Uhr, Kornhausforum Bern, Vortragssaal

– Sozialstaatliche Massnahmen zwischen Anreiz und Strafe
– Entwicklungen und Modelle
– Auswirkungen für betroffene Versicherte, SozialhilfebezüglerInnen, Arbeitslose, unter spezieller Berücksichtigung der Situation von MigrantInnen
Ueli Mäder, Professor für Soziologie, Basel; **Sabine Schoch**, Schweizerische Flüchtlingshilfe; **Ernst Zürcher**, geschäftsführender Sekretär der Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren und Sozialdirektorinnen; **Franziska Fritschy**, Grossrätin FDP, Rüfenacht
Diskussionsleitung: **Annemarie Sancar**, Ethnologin, Grünes Bündnis

Seminarveranstaltung mit Ueli Mäder, Soziologe, Basel

Sozialstaat zwischen Absicherung und Nothilfe, Anreiz und Strafe
Dienstag, 22. Februar, 16–18.30 Uhr, Unitobler, Institut für Soziologie, Raum F005, Lerchenweg 36, Bern

Seminar Diskussion über Entwicklungen, Trends, Modelle und Strategien. Das Seminar wendet sich an Fachinteressierte aus Hilfswerken, Verwaltung, Beratungsstellen und Lehre, Studierende und weitere Interessierte.

Talon

Name: _____
Vorname: _____
Adresse: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____
e-mail: _____

- Ich interessiere mich für die **Schulkommission**: _____
- Ich möchte mich in der **Anti-AKW-Kampagne** engagieren.
- Ich möchte mich in der **AG Ökologie** engagieren.
- Ich möchte mich in der **AG Bildung** engagieren.
- Ich möchte **Mitglied** werden beim **Grünen Bündnis**. Bitte schickt mir weitere Unterlagen.

Impressum

Redaktionsschluss gb.links 2/2005: 4. März.
Redaktion: Monika Hächler, Natalie Imboden.
Satz und Druck: Genossenschaft Widerdruck, Bern. Lithos: Genossenschaft Graphix, Bern.

gb.bewegt

Frauenpolitik
Montag, 28. Februar, 19 Uhr, GB-Sekretariat
Ökologie
Dienstag, 8. März, 20 Uhr, GB-Sekretariat

Internationales und Migration
Mittwoch, 16. März, 19 Uhr, bei Michael Jordi, Militärstrasse 28 (mit Imbiss). Diskussion über das Dublin-Schengen-Abkommen und die Auswirkungen auf die Migrations- und Flüchtlingspolitik

Bildung
Montag, 28. Februar, 19 Uhr, GB-Sekretariat
Leitender Ausschuss
Mittwoch, 16. März, 20 Uhr, GB-Sekretariat

Grüne Bern in Bewegung

Der Zusammenschluss von GB und GFL steht auf der Traktandenliste. Während das GB eine gemeinsame kantonale Struktur deutlich favorisiert, ist die GFL in der Frage Zusammenschluss oder Zusammenarbeit gespalten. Hauptkonfliktpunkt ist der Widerstand der GFL Stadt Bern gegen ein Zusammengehen. Ein gemeinsamer Workshop soll nun die Strukturdiskussion vertiefen und inhaltliche Fragen klären.

Das GB diskutierte die Perspektiven der Grünen im Kanton Bern an seiner Jahresretraite vom 22./23. Januar 05 in Kippel. Die Erfolge bei den vergangenen Wahlen und bei allen zentralen nationalen Abstimmungen im Jahr 2004 lassen uns zuversichtlich in die Zukunft blicken. Trotzdem gestalten sich die Perspektiven auf der inhaltlichen Ebene im Kanton Bern als sehr schwierig. Die bürgerlichen 2/3-Mehrheiten in Regierung und Grosse Rat setzen den Service public permanent unter Spardruck, verschlechtern die Lohn- und Arbeitsbedingungen des Personals und marginalisieren ökologische Anliegen. Die Steuersenkungsinitiative des Handels- und Industrievereins, über die wir am 27. Februar abstimmen, setzt dem Staat zusätzlich die Messer an den Hals. Die parlamentarischen Einflussmöglichkeiten sind unter diesen Umständen beschränkt. Doch gemeinsam mit Gewerkschaften, Personal- und Umweltverbänden gelingt es den rotgrünen Parteien durch Kampagnen und Referenden immer wieder, mit Nachdruck Gegensteuer zu geben und das Schlimmste abzuwenden. Dies erfordert auch von den Grünen viel Kraft, eine gute

lokale Verankerung und eine zuverlässige Vernetzung über Parteigrenzen hinaus. Zwei sich konkurrenzierende grüne Parteien binden dabei bei einem Wählerpotential von 6–12% zu viele finanzielle Mittel für Parteistrukturen, zu viele Energien für Abgrenzungen und Reibungsverluste. Einzig in der Stadt Bern präsentiert sich die Ausgangslage anders: Mehrere hundert Aktive in fünf grünen und alternativen Parteien entfalten kontinuierlich ausserparlamentarische Aktivitäten und tragen mit einem WählerInnenanteil von 27% substantiell zu RGM-Mehrheiten in Stadt- und Gemeinderat bei. Nach dem Zusammengehen der Grünen in Biel und voraussichtlich in Köniz drängt sich die Gründung der «Grünen Bern» als gemeinsame Struktur aller GPS-Mitglieder im Kanton auf, wobei die Ausgangslage in der Stadt Bern noch einen

längeren Diskussionsprozess erfordern dürfte.

Die GFL diskutierte das Thema gleichzeitig in einem internen Workshop. Viele Mitglieder setzten sich dabei erstmals mit der Frage eines Zusammenschlusses auseinander. Nach anfänglichem Widerstand der GFL Stadt Bern ist nun klar, dass auch die Option Zusammenschluss vertieft geprüft wird. Sie findet vor allem in ländlichen Sektionen Unterstützung. So sind in den Wahlkreisen Bern-Mittelland und Biel-Seeland erste Diskussionen über ein gemeinsames Vorgehen bei den Grossratswahlen angelaufen.

Hans Niklaus

Workshop – Grüne Perspektiven im Kanton Bern
Samstag, 26. Februar, 9.30 Uhr (Kaffee ab 9 Uhr), Bollwerk 35, Bern. Grundlagenpapier siehe www.gbbern.ch oder beim Sekretariat.



Rita Haudenschild für Regula Rytz

Nach ihrer Wahl in den Gemeinderat der Stadt Bern tritt GB-Kantonalpräsidentin Regula Rytz nach der Februar-Session aus den Grossen Rat zurück. Das GB dankt Regula für ihre hervorragende Parlamentsarbeit und wünscht ihr ebenso viel kreative Energie in der Stadtregierung.

Ihre Nachfolge tritt die 46-jährige Biologin und Verkehrsexpertin Rita Haudenschild an. Rita ist Geschäftsführerin des VCS Kanton Bern, Stiftungsrätin der Schweizerischen Energienstiftung und vertrat bisher das GB im Grossen Gemeinderat Köniz. Wir wünschen ihr an der neuen Wirkungsstätte viel Erfolg bei der Lösung der Verkehrs- und Energieprobleme im Kanton Bern.



TeilnehmerInnen der GB-Retraite in Kippel im Januar 2005.



Verheiratete Frauen leiden am häufigsten an AIDS

Im Januar nahm ich als Mitglied von PGA (Parliamentarians For Global Action) an einem AIDS-Seminar in Islamabad teil. Parlamentsmitglieder der wichtigsten südasiatischen Staaten sowie der pakistanische Präsident und eine Regierungsvertretung waren dabei.

Damit Asien nicht in dasselbe Schicksal wie Afrika schlittert, hat man den ugandischen AIDS-Verantwortlichen als Referenten eingeladen. Dem mausarmen Uganda scheint es mit einer beispielhaften Präventionsarbeit gelungen zu sein, die Krankheitsfälle von 18,5% (1990) auf 5% (2001) zu senken.

Traurige Tatsache: Von 2500 bei UNAIDS eingegangenen Dossiers aus Südasien sind 50% Frauen – die meisten von ihrem Ehemann mit HIV angesteckt. Sprechen Frauen darüber, riskieren sie als Prostituierte angesehen zu werden. Geld zur Behandlung fehlt. Nach positivem Test werden die Frauen, und nicht die Männer, häufig von ihren Familien verstossen.

Das Ziel des Informationsaustausches, einer verstärkten regionalen Zusammenarbeit und einer gemeinsamen – vor allem auf Frauen und Jugendliche ausgerichteten – Strategie wurde in Islamabad erreicht. Eine nächste Zusammenkunft soll in zwei Jahren in Bangladesh stattfinden. Ob aus den vielen Worten auch Taten werden, ist dann zu überprüfen.

Therese Frösch,
Nationalrätin GB

gb.bildungspolitik

In der **Arbeitsgruppe Bildungspolitik** informieren wir uns über Bildungsforschung, analysieren die Bildungspolitik, insbesondere im Kanton Bern, und erarbeiten konkrete Vorschläge. Seit drei Jahren beschäftigen wir uns mit der vorgesehenen Einführung von integrativen Schulen. Mehr dazu auf unserer neuen Homepage www.integrativeschule.ch. Zudem hat AG-Mitglied Kuno Roth am bildungspolitischen Positionspapier der GPS mitgearbeitet (siehe dazu www.gruene.ch/d/politik/positionspapiere.asp). Bildungspolitisch Interessierte sind bei uns herzlich willkommen – wir freuen uns auf neue Mitglieder in der Arbeitsgruppe.

Nächste Sitzung: Montag, 28. Februar, 19 Uhr im GB-Sekretariat.

gb.referendum

Nein zum unfairen Lehreranstellungsgesetz

Die Grossratsmehrheit hat ein neues Lehrer- und Lehrerinnenanstellungsgesetz verabschiedet, mit dem auf Kosten der LehrerInnen noch mehr gespart werden soll. Das neue Gesetz streicht die verlässliche Lohnentwicklung und der Teuerungsausgleich ist nicht mehr garantiert. Die Bildung ist unser wichtigstes Kapital. Nur engagierte Lehrpersonen garantieren eine gute Schule. Die SchülerInnen verdienen bestqualifizierte Lehrpersonen. Dazu braucht es faire Arbeitsbedingungen. Darum jetzt das Referendum **unterschreiben** und **sofort zurückschicken**.

gb.ökologie

Ökologisches Engagement ist wichtiger denn je – auch in Bern. Sei es aktionistisch, wie anlässlich der letztjährigen Ozonalarmaktion mit der gb.luftbar, sei es mit verkehrspolitischen Forderungen zur Quartierberuhigung, sei es mit einer Kampagne gegen hinterwäldlerische Forderungen nach einem neuen AKW im Kanton Bern und und und. Die **AG Ökologie** hat in den vergangenen Wochen erfreulich Zuwachs erhalten, so dass wir gestärkt an die politische Arbeit gehen können. Weitere interessierte «Ökos» sind herzlich willkommen!

Nächste Sitzung: Dienstag, 8. März, 20 Uhr im GB-Sekretariat oder: oekologie@gbbern.ch

Schulpolitik in der Stadt Bern

Mitarbeit in einer Schulkommission – etwas für dich?

Du interessierst dich für Bildung auf der Volksschulstufe. Eine gute öffentliche Schule ist dir ein Anliegen. In der Schulkommission behandelst du Gesuche von Eltern und Lehrkräften. Du entscheidest mit, wenn Stellen von Lehrkräften besetzt werden. Du begleitest Klassen durchs Schuljahr, nimmst an Elternabenden, Schulfesten und anderen Veranstaltungen der Schule teil. Durch diese Arbeit bekommst du Einblick in verschiedene Aspekte deines Wohnquartiers und lernst verschiedene Familienhintergründe kennen.

- Das Grüne Bündnis hat dank den Wahlerfolgen neu Vertretungen in 20 Schulkommissionen. In folgenden Schulkommissionen sind momentan Sitze frei:
- Bethlehem
 - Bümpliz-Höhe (einzige städtische Schule, die am Schulversuch Basisstufe mitmacht)
 - Kirchenfeld (1.–6. Klasse)
 - Kleefeld (Schulmodell Twann)
 - Kleinklassen und Spezialunterricht (gesamtstädtische Kommission, nicht quartierspezifisch)
 - Lorraine (Schulmodell Twann)
 - Manuel
 - Oberbottigen (1.–6. Klasse, ehemals Schulversuch Bern-West)
 - Tscharnergut (1.–6. Klasse)

Du solltest im Schulkreis wohnen (ist aber nicht zwingend) und etwas Zeit aufwenden können (ca. eine Sitzung im Monat). Die neugewählten Schulkommissionen nehmen ihre Arbeit im August 2005 auf.



Interner Austausch

Die GB-Schulkommissionsleute treffen sich halbjährlich. Dieser freiwillige Austausch ist erfahrungsgemäss sehr anregend.

Kontaktperson und Koordination
Regula Keller, Tel. 031 372 45 24

Anmeldeschluss

Ende März 2005.

Interessierte melden sich entweder beim GB-Sekretariat oder direkt bei der GB-Schulkommissionsverantwortlichen Regula Keller.